



Einer von uns
Einer für uns

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Alexander Ulrich MdB

BERLIN INFO für die Woche vom 15.-19.10.2018

Übersicht der Themen:

Wahl in Bayern

ICAN in der Fraktion

Antrag - Atomwaffen abziehen!

Regierungserklärung zum EU-Gipfel

Meine Rede am Mittwoch - Mehr Zeit für guten Brexit-Deal!

Rede zu Protokoll zum Telekommunikationsgesetz

Mehrere Namentliche Abstimmungen u.a. zu sogenannten sicheren Herkunftsstaaten, Teilzeit, Bundeswehreinsatz im Irak

Zwei Anträge zur Entlastung von Versicherten

Antrag - Streikrecht bei Ryanair durchsetzen“

Antrag - Mietanstieg stoppen!

Pressemitteilung: Die Autoindustrie muss sich wandeln!

Liebe Genossinnen und Genossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Ergebnisse der Wahl in Bayern letzten Sonntag zeigen, dass Unionsparteien und SPD überhaupt nichts aus ihrem schlechten Bundestagergebnis gelernt haben. Ganz im Gegenteil, sie entfernen sich mit ihrer unsozialen Politik immer mehr von den Bedürfnissen und Interessen der Menschen. Das rechtspopulistische Gerede von Seehofer in den letzten Monaten hat sein Übriges dazu beigetragen. Wir dürfen gespannt sein, wie lange die GroKo Meiner Meinung nach, wird dieses Spektakel jedenfalls nicht mehr lange so weitergehen und es könnte tatsächlich bald zu einem Bruch in den Regierungsreihen kommen.

ICAN in der Fraktion - Auf meine Initiative hin, waren in dieser Woche VertreterInnen der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) in der Fraktion. Nun haben alle MdBs der Fraktion DIE LINKE. die Erklärung des Verbotsvertrages unterzeichnet. [Hier](#) findet Ihr ein paar Infos dazu.

Antrag „Dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten - Atomwaffen abziehen“ - Die Bundesregierung widersetzt sich einer multinationalen Initiative für ein Verbot von Atomwaffen, die von Ländern wie Österreich und Irland angeführt wird. Sie folgt stattdessen dem NATO-Verdikt, die Ausarbeitung und den Abschluss dieses Vertrags zu boykottieren. DIE LINKE fordert den Bundestag auf, sich von NATO und Bundesregierung zu emanzipieren und den Atomwaffenverbotsvertrag zu ratifizieren. [Hier](#) geht es zu unserem Antrag.

Regierungserklärung zum EU-Gipfel - Am Mittwoch gab die Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 17. und 18. Oktober 2018 in Brüssel ab. In ihrer Rede verdeutlicht Sahra Wagenknecht einmal mehr, warum die soziale Ungleichheit in

Europa, Lebensunsicherheit und Zukunftsängste vieler Menschen zunehmen und antieuropäische Kräfte immer mehr erstarben. Die Gründe für diese Schieflage sind in den unsozialen Vorgaben der EU-Verträge sowie in den dreisten Politikdiktaten aus Brüssel und Berlin zu finden. Mehr dazu in der [Rede](#) von Sahra Wagenknecht.

Meine Rede am Mittwoch - Mehr Zeit für guten Brexit-Deal! - Ein wichtiges Thema auf dem Europäischen Rat waren die Verhandlungen zum Austritt Großbritanniens aus der EU. In meiner Rede am Donnerstag plädierte ich insbesondere für mehr Zeit für diese wichtigen Verhandlungen, deren Auswirkungen noch mehrere Generationen in Großbritannien, in der EU und in ganz Europa zu spüren bekommen. Aus diesem Grund sollte der Verhandlungszeitraum dringend verlängert werden. Weiter zu meiner [Rede](#).

Rede zu Protokoll zum Telekommunikationsgesetz - Das Gesetz mag gut gemeint sein, ist aber längst nicht gut gemacht. Wir begrüßen die Änderung des Paragraphen 35. Kleinere Anbieter sollen vernünftigen Rechtsschutz erhalten. Aber der Gesetzentwurf in seiner jetzigen Fassung ist fatal! Die Marktmacht der Telekom würde weiter steigen und anderen Anbietern enorme Unsicherheiten und Risiken aufbürden. Hier sind dringend Nachbesserungen nötig, deswegen lehnen wir den Gesetzentwurf ab. Mehr dazu in meiner [Rede](#).

Mehrere Namentliche Abstimmungen: In dieser Woche gab es gleich mehrere Namentliche Abstimmungen. Zwei davon behandelten einen Gesetzentwurf und einen Änderungsantrag der FDP-Fraktion, in dem sie Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien als asylrechtlich sichere Herkunftsstaaten einstufen. DIE LINKE hat geschlossen dagegen gestimmt. In diesen Ländern herrschen gravierende Menschenrechtsverletzungen vor, die Einstufung als sichere Herkunftsstaaten ist daher völlig inakzeptabel.

Recht auf Teilzeit ohne Ausnahme! - In der dritten Namentlichen Abstimmung ging es um einen Änderungsantrag der Grünen zum Gesetzentwurf der Regierung zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts. DIE LINKE hat sich hier enthalten und einen eigenen Antrag vorgelegt. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist völlig unzureichend. Es ist dringend notwendig, endlich ein Rückkehrrecht in Vollzeit einzuführen, das ohne Ausnahmen für alle Beschäftigten gilt. Erst dann ermöglicht das Teilzeitrecht Zeitsouveränität und Gestaltungsmöglichkeiten für die Beschäftigten und verbessert die Vereinbarkeit von Arbeit und privatem Leben. Hier geht es zu unserem [Antrag](#).

Bundeswehreinsatz im Irak - Namentlich abgestimmt wurde auch über die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Irak. DIE LINKE hat geschlossen dagegen gestimmt. Militäreinsätze tragen nicht zur Bekämpfung von Terrorismus bei. Wir haben einen eigenen [Antrag](#) vorgelegt.

Kindergeld für im EU-lebende Kinder - Eine weitere Namentliche Abstimmung behandelte einen Antrag der AfD-Fraktion, in dem sie fordert, das Kindergeld für im EU-Ausland lebende Kinder an die dortigen Lebenshaltungskosten anzupassen. Auch diesen Antrag lehnte die Fraktion DIE LINKE ab.

Zwei Anträge zur Entlastung von Versicherten - Die Bundesregierung hat ein Gesetz zur Entlastung von gesetzlich Versicherten vorgelegt. Darin sind einige Maßnahmen, die deutlich hinter den Möglichkeiten einer angemessenen Entlastung der Versicherten zurückbleiben. Dazu zählen z.B. Zuzahlungen und Selbstzahlerleistungen, die nach wie vor von den Versicherten alleine ohne Beteiligung der Arbeitgeber zu zahlen sind. DIE LINKE fordert eine drastische Absenkung der Mindestbeiträge. Hierzu haben wir zwei Anträge eingebracht. [Einen](#) zur

Entlastung von geringverdienenden Selbstständigen und einen [weiteren](#) zur gerechteren Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung.

Antrag - Streikrecht bei Ryanair durchsetzen - Am Freitag wurde ein Antrag der Fraktion DIE LINKE beraten, mit dem wir die Mitbestimmungsrechte bei Luftfahrtunternehmen stärken wollen. In der Tarifauseinandersetzung für bessere Arbeitsbedingungen, einer existenzsichernden Entlohnung sowie einen eigenen Betriebsrat setzt der irische Billigflieger Ryanair alles daran, durch massive Einschüchterungsversuche das Streikrecht zu unterlaufen. Weiter zum [Antrag](#).

Antrag „Mietenanstieg stoppen, Mieterinnen und Mieter schützen, Verdrängung verhindern“ - Ebenfalls am Freitag wurde ein Antrag der Fraktion DIE LINKE beraten, der die unsäglichen Mietpreissteigerungen in den Fokus nimmt. Die Mietrechtsnovelle der Bundesregierung reicht nicht aus, um die Mieterinnen und Mieter vor Mietpreissteigerungen zu schützen. Notwendig ist eine umfassende, soziale Reform des Mietrechts. Die Fraktion DIE LINKE legt einen 8-Punkte-Plan für bezahlbare Mieten vor, um den Mietanstieg zu stoppen. Dazu gehören u.a. eine echte Mietpreisbremse, flächendeckend, ausnahmslos und unbefristet, die Abschaffung der Modernisierungsumlage, ein verbesserter Kündigungsschutz und ein soziales Gewerbemietrecht. Hier geht es zum [Antrag](#).

Pressemitteilung: Die Autoindustrie muss sich wandeln! - Anlässlich des Branchengipfels zur Zukunft der Autoindustrie in Nürtingen sollte auch bezüglich des Dieselskandals immer wieder betont werden, worum es eigentlich geht: Ums Klima, um die Umwelt und um Millionen von Arbeitsplätze. Die Manager der großen Automobilkonzerne müssen endlich zur Vernunft kommen und die Transformation des Sektors mit zukunftsfähigen Technologien entschieden vorantreiben. Hier geht es zu meiner [Pressemitteilung](#).

Mit solidarischen Grüßen



Euer Alexander